



# **Standort Deutschland im globalen Wandel**

–

# **Wirtschaftspolitische Herausforderungen**

© Dr. Ludolf-Georg von Wartenberg,  
Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums des  
Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI)

55. DRV-Jahrestagung in Dubai

15. Oktober 2005



Dr. Ludolf-Georg von Wartenberg ist seit 1. Januar 1990 Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), des Spitzenverbandes der deutschen Wirtschaft. Mit 35 Mitgliedsverbänden vertritt der BDI die Interessen von mehr als 100.000 Unternehmen mit über 8 Millionen Beschäftigten.

**Rede**



Dr. Ludolf v. Wartenberg  
Hauptgeschäftsführer und Mitglied des  
Präsidiums des Bundesverbandes  
der Deutschen Industrie e. V. (BDI)

Allgemeine Wirtschaftspolitik/  
/Außenwirtschaftspolitik

**„Standort Deutschland im globalen  
Wandel – Wirtschaftspolitische  
Herausforderungen“**

**Dubai, 15.10.2005**

Stichwortkonzept

Redezeit: ca. 45 Minuten

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.**  
Mitgliedsverband der UNICE

**Postanschrift**  
11053 Berlin

**Telekontakte**  
Tel.: (030) 2028 1594  
Fax: (030) 2028 2594

## 1. Einführung

Anrede,  
es ist mir eine unverhoffte Ehre, heute zu Ihnen zu sprechen. Gleichzeitig ist es natürlich eine große Herausforderung, für Herrn Prof. Kirchhoff einzuspringen, der leider erkrankt ist. Beste Genesungswünsche von hier aus.

Professor Kirchhoff wollte Ihnen die wirtschaftspolitischen Herausforderungen darstellen, vor denen Deutschland steht, aber auch Lösungsvorschläge geben. Ihn zu vertreten, ist keine einfache Aufgabe.

Schätze ihn sehr, äußerst profilierter Wissenschaftler mit ausgezeichnetem Ruf, ordnungspolitisch klar denkender Mann, der im Wahlkampf leider spüren musste, was es heißt, erstens die Wahrheit zu sagen und zweitens ökonomisch differenziert zu argumentieren.

Nüchterne Erkenntnis des Rückzugs von Prof. Kirchhoff: Deutschland tut sich sehr schwer, Wahrheiten ins Auge zu sehen, ökonomische Zusammenhänge zu akzeptieren, politische Debatten offen zu führen.

Politischen Erfolg hat, wer Zusammenhänge verkürzt, halbe Wahrheiten formuliert und Mythen und Märchen aus dem Reich der Steuern erzählt.

Politischen Erfolg hat, wer dabei Details bewusst übergeht, an kindischen Gerechtigkeitssinn appelliert und gleichzeitig Neidgefühle befriedigt.

Politischen Erfolg hat, wer Ökonomisierung der Gesellschaft beklagt – ohne Grund in einer Gesellschaft, deren Staatsquote gefährlich nahe bei 50 Prozent liegt – und von Turbokapitalismus und neoliberaler Bedrohung spricht.

Zum politischen Erfolg verdammt ist jetzt große Koalition in Berlin.

Team setzt sich gerade zusammen, SPD hat Minister benannt, am Montag folgt CDU.

Sicher ist große Koalition keine Traumkonstellation, aber vielleicht auch Chance für Lösung struktureller Probleme in Deutschland.

Denn Wahlergebnis zeigte deutlich: Durchgreifende Reformen haben in Deutschland derzeit keine Mehrheit.

Und Bereitschaft zu Reformen wird weiter zurückgehen, denn von Jahr zu Jahr steigt Anteil der Empfänger staatlicher Transfers in Deutschland, Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geht zurück.

2003 gab es 32 Millionen Transferempfänger und 21,4 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

BDI ist offen gegenüber großer Koalition, überzogene Skepsis gleich zu Beginn und Vorurteile wären kontraproduktiv, neue Regierung hat alle Chancen, muss sie nutzen.

Umgekehrt wird BDI sehr genau Entwicklung beobachten, mit konstruktiver Kritik begleiten und wirtschaftspolitische Herausforderungen schonungslos beim Namen nennen.

Somit komme ich zu meinem Vortrag. Habe das Thema von Prof. Kirchhoff leicht verändert und werde zu

**„Standort Deutschland im globalen Wandel – Wirtschaftspolitische Herausforderungen“**

sprechen.

Haben in Deutschland weniger ein konjunkturelles Problem, sondern vielmehr ein grundsätzliches, strukturelles Problem.

Gleichwohl, bevor ich grundsätzliche Herausforderungen beschreibe, einige Bemerkungen zur konjunkturellen Lage:

## 2. Zur konjunkturelle Lage

Wirtschaftliches Wachstum in 2005 wird kein Aufbruchsignal sein.

BDI erwartet Wachstum von allenfalls **1 Prozent**, eher weniger.

Immerhin, wir treten nicht auf der Stelle.

Aber neue Arbeitsplätze werden nicht geschaffen, werden sogar weitere Arbeitsplätze **verlieren**.

Ganz anders **Weltwirtschaft**: Nach wie vor kraftvoll. Anflug einer Schwäche konnte nach Winter überwunden werden. Mit fast unverminderter Stärke läuft Wirtschaft insbesondere in China und Amerika. Diese globalen Wachstumsmotoren bringen auch andere Regionen in Schwung: Asien,

Lateinamerika und sogar das eine oder andere Land in Afrika.

Selbst von hohen Ölpreisen lässt sich globaler Aufschwung kaum beeindrucken, bremst rasches Wachstumstempo höchstens etwas ab.

Auch deutsche Exporteure profitieren von neuen Markt- und Wachstumspotenzialen. Diese bieten sich ihnen vor allem auf Märkten der Schwellen- und Entwicklungsländer: Indien +35%, Brasilien +19%, Südafrika +17%.

Exportbilanz des ersten Halbjahres 2005 zeigt: Auf diesen Märkten sind Zuwachsraten möglich, die auf unseren Stammmärkten längst der Vergangenheit angehören. Selbst auf wachstumsstarkem US-Markt konnten deutsche Exporteure nur 2,7% zulegen.

Aktuelle BDI-Prognose: Um voraussichtlich **5,4% werden deutsche Exporte 2005** über dem hervorragenden Ergebnis des Vorjahres liegen – etwas weniger als Anfang 2005 angenommen.

Für 2006 erwartet BDI leicht nachlassende Exportdynamik.

Hintergründe sind Erwartungen einer leichten wirtschaftlichen Abkühlung in Nordamerika und Asien und nur wenig Hoffnung auf echten Aufschwung in Europa – liegt vor allem auch an Deutschland.

Nach unseren Schätzungen ist in 2006 immer noch ein Anstieg der Ausfuhren um 5% zu erwarten.

Fazit: „Made in Germany“ immer noch gefragt. Vielleicht erneut Exportweltmeister in 2005.

Aber bei allem Optimismus:

Titel „Exportweltmeister“ ist **statistische Größe**. Sagt sehr viel über die Nachfrage und die Qualität unserer Produkte, aber leider

relativ wenig über die Qualität unseres Standortes aus.

Damit komme ich zu meinem nächsten Punkt:

### **3. Standort Deutschland im strukturellen Wandel**

Immer größerer Teil der Wertschöpfung findet woanders statt:

Asien und besonders MOE-Staaten.

Stichwort: **Basarökonomie.**

Exportmotor läuft zwar kräftig. Nur

**Kraftübertragung auf Binnenwirtschaft funktioniert nicht so richtig.**

In früheren Konjunkturzyklen konnten wir darauf setzen, dass guter Außenhandel schwache Inlandsnachfrage ausgleicht.

Warum springt Exportfunke jetzt nicht mehr so schnell und so stark auf Inland über?

Das liegt vor allem daran, dass unsere Exporte immer mehr importierte Vorprodukte enthalten. Vor zehn Jahren betrug Anteil nur 28 Prozent - heute rund 40 Prozent.

Deutscher Export ist eben immer weniger

„Made in Germany“!

In der Industrie ist Entwicklung besonders deutlich abzulesen:

Zwischen 1995 und 2003 stieg

Industrieproduktion in Deutschland um 18 Prozent. Nur 11 Prozent dieses Zuwachses hat Industrie durch eigene Wertschöpfung beigetragen. 38 Prozent kamen aus dem Bereich der industrienahen Dienstleister – ein Ergebnis umfangreicher Outsourcing-Aktivitäten der Unternehmen.

51 Prozent kamen als Vorleistungen aus dem Ausland – ein Ergebnis der umfangreichen Offshoring-Aktivitäten. Ausland produziert fleißig mit.

**Wachstum durch Import** immer wichtiger werdende **Erfolgsformel** für Industrie.

Verdrängung inländischer Produktion mag man beklagen. Mancher Pfeiler deutscher Industriekultur ist ins Wanken geraten. Doch es hilft nichts: Realitäten der internationalen Märkte, Kostenstruktur und die Verlagerungsfähigkeit bestimmen, wie stark einzelne Industriezweige in Deutschland künftig unter Abwanderungsdruck stehen.

Eine aktuelle Studie der OECD zeigt: Viele der weit verbreiteten Ängste vor der Globalisierung sind übertrieben. Der Stellenabbau in den Industrieländern geht nur in einem Bruchteil der Fälle auf Jobexport zurück.

Im Gegenteil: Gerade in Deutschland sind immer mehr Arbeitsplätze von der Außenwirtschaft abhängig.

Insofern müssen wir genauer hinsehen, wenn es um Performance des Standortes Deutschland geht.

Politik und Medien blicken in erster Linie auf Konjunktur, auf kurzfristiges Wachstum. Probleme liegen tiefer:

Strukturelle **Wachstumsschwäche** ist gravierendste Herausforderung, vor der die Wirtschaftspolitik steht.

- Besteht seit 25 Jahren, zugespitzt seit Mitte der 90er-Jahre. Seither Deutschland als **Wachstumsschlusslicht** in Europa. Auch in 2005 eine der hintersten Ränge. (Portugal, NL, Italien etwas schlechter)
- Wenn diese Wachstumsschwäche anhalten würde, läge das amerikanische BIP pro Kopf im Jahr **2030** beim 2,2fachen des deutschen Wertes, das

englische beim 1,5fachen und selbst das spanische beim 1,4fachen.

- Wirtschaftspolitisch geht es also nicht so sehr um die Ankurbelung der Konjunktur, sondern darum, Deutschland auf **höheren Wachstumspfad** zu hieven.
  
- Wirtschaftswachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist fast alles nichts.  
**Wachstum als Schlüssel** für höhere Beschäftigung, geringere Arbeitslosigkeit, gesündere Staatsfinanzen, mehr Spielräume für soziale Sicherung, Umwelt- und Verbraucherschutz.
  
- SVR schätzt **Wachstumspotenzial** in Deutschland nur noch auf etwa 1 Prozent. Die Aufgabe, deutschen Wachstumspfad wieder auf etwa 3 Prozent zu heben, ist gigantisch.

- Geht nur über Investitionen in Maschinen und Anlagen, in Humankapital und in technischen Fortschritt.

**Investitionsbedingungen** daher im Fokus der Wirtschaftspolitik.

- **Agenda 2010** und was bisher umgesetzt wurde, hat keine grundlegende Verbesserung der Investitionsbedingungen gebracht. Auswirkungen auf Potenzialwachstum in Deutschland eher gering, Ergebnisse aus Job-Gipfel zudem auf Eis gelegt. Vorschläge liegen in der Schublade, wer öffnet sie?

Um zu adäquater wirtschaftspolitischer Strategie zu kommen, muss man Blick hinter Kulisse der Wachstumsschwäche werfen. Dahinter verbirgt sich **unbewältigter Strukturwandel**.

Struktureller Wandel hat einerseits an **Intensität** erheblich zugenommen, regelrechter Beschleunigungsschub im Strukturwandel. Deutschland hat andererseits an **Anpassungsfähigkeit** und Reaktionsschnelligkeit erheblich verloren. Scherenentwicklung.

**Folgen** liegen auf der Hand: unzureichende Wachstumsperformance, hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, wachsende Staatsverschuldung, Not leidende Sozialsysteme.

Strukturwandel nichts Neues. Neu jedoch hohe Intensität durch zeitgleiches Zusammenwirken von vier Struktur prägenden **Megatrends**:

- **Globalisierung** der Weltwirtschaft, für die stark in die internationale Arbeitsteilung eingebundene deutsche Volkswirtschaft prägend. Während deutsche Unternehmen diese

Herausforderung angenommen haben und sich auf den Weltmärkten gut positioniert haben, gerät der Standort Deutschland in der weltweiten Konkurrenz um Investitionskapital und Arbeitsplätze zunehmend unter Druck.

- **Wertschöpfungsketten** des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses werden weltweit neu zusammengesetzt. Konzentration auf Kernkompetenzen, Outsourcing von Dienstleistungen, Offshoring von Produktionskapazitäten und globale Konsolidierung der Unternehmenseinheiten sind die prägenden Trends.
  
- **Technischer Fortschritt** als treibender Wachstumsmotor. Vor allem die durch technologische Basisinnovationen hervorgerufenen Kondratieff-Zyklen prägen die langfristige Entwicklung. Bei

den ersten vier langen Wellen war Deutschland stets in vorderster Reihe dabei. Im fünften Kondratieff-Zyklus fiel Deutschland erheblich ab und auch für die sechste lange Welle scheint die Volkswirtschaft nicht bestens aufgestellt.

- Deutschland von **demographischer Entwicklung** deutlich stärker betroffen als andere Volkswirtschaften. Bevölkerung schrumpft hierzulande stärker und altert schneller als in den meisten anderen Ländern. Im Jahr 2010 werden in den USA mehr Menschen unter 18 Jahren leben, als Deutschland Einwohner hat!

Diese vier Megatrends haben **Beschleunigungsschub** im Strukturwandel erzeugt,

hinter dem die **Anpassungsfähigkeit** der deutschen Volkswirtschaft zurückgeblieben ist. Tempo wird uns von außen vorgegeben, Ergebnis der Globalisierung.

Früher war Globalisierung für Deutschland Einbahnstraße in Richtung internationale Absatzmärkte.

Heute? Mehrspurige Autobahn in beide Richtungen, ohne Tempolimit, Druck der internationalen Konkurrenz und Märkte immer stärker.

Auch hier in Dubai lässt sich Geschwindigkeit der Globalisierung regelrecht greifen. Rasante wirtschaftliche Entwicklung des Emirats ist atemberaubend.

Großprojekte wie der geplante Flughafen, die künstlichen Großinseln mit Bebauung sind eindrucksvolle Beispiele für die Dynamik.

Vor dreißig Jahren waren noch drei Viertel der Bevölkerung Analphabeten – heute gibt es fast keine mehr.

Auch deutsche Wirtschaft mit über 500 Unternehmen in Dubai vor Ort.

Größter Teil der deutschen Unternehmen kann bei Globalisierungstempo mithalten. Unternehmen nutzen Chancen der Globalisierung. Manches DAX-30 Unternehmen macht inzwischen drei Viertel ihres Umsatzes im Ausland. Und Mittelstand folgt – oftmals in den Pfaden der Großen, ganz abgesehen von vielen „**hidden champions**“

Die **Gewinnsituation**, besonders der großen Unternehmen, hat sich verbessert – daraus jedoch den Schluss zu ziehen, die Bedingungen am Standort Deutschland hätten sich entsprechend verbessert, greift viel zu kurz.

Denn diesen Erfolgen gingen in den meisten deutschen Unternehmen zum Teil

schmerzhafte Umstrukturierungsprozesse voraus.

In der Industrie blieb kaum ein Stein auf dem anderen. Strukturen wurden schlank gemacht, **Erblasten** in den Organisationen aus den erfolgreichen siebziger und achtziger Jahren wurden beseitigt.

**Wertschöpfungsketten** werden aufgebrochen und entlang der Kriterien Effizienz und Kostenoptimierung international neu aufgestellt und zusammengefügt.

Die unternehmensinterne Organisation dieser grenzüberschreitenden Prozesse gehört bereits heute zu den Kernkompetenzen der Unternehmen.

So haben viele Unternehmen für ihren eigenen Wirtschaftsaufschwung gesorgt. So haben sie dazu beigetragen, dass am Standort Deutschland verbliebene Wertschöpfung konkurrenzfähig bleibt.

Sie passen sich permanent den Bedingungen der Globalisierung an, haben keine andere Wahl.

Sich ändern heißt, am Markt überleben. Anpassungsfähigkeit muss umfassend in Deutschland erhöht werden, auf Seiten der einzelnen Menschen und immer noch vieler Unternehmen. Und rechtliche und institutionelle Strukturen müssen sich anpassen. **Grundlegende Reformen** am Arbeitsmarkt, in der sozialen Sicherung, im gesamten Gemeinwesen sind unausweichlich.

#### **4. Zum strukturellen Reformprozess**

Frage:

**„War Agenda 2010 keine solche Reform?“**

Agenda 2010 war richtig und dringend notwendig. Ging aber nicht weit genug.

Bisher auf den Weg gebrachte Reformschritte angesichts der geballten Dimension der Herausforderung bestenfalls **zaghafter Anfang**.

Zwei Beispiele zur Illustration:

### ➤ **Arbeitsmarktpolitik**

Viele Elemente der Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 gehen in **richtige Richtung**: Verkürzung Bezugsdauer Arbeitslosengeld, Verschärfung Zumutbarkeitsregeln, Anhebung Schwellenwert Kündigungsschutz, Zusammenlegung Arbeitslosen-/Sozialhilfe etc.

Reformen nicht gering zu schätzen, hohe **Erschütterungsdimension**, insbesondere von Hartz IV, Durchsetzung war politischer Kraftakt für SPD – mit den bekannten Folgen.

**Aber:** Manche Reformschritte korrigieren nur arbeitsmarktpolitische Verschärfungen aus erster Legislaturperiode Rot/Grün. Zur Erinnerung: Lohnfortzahlung, Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Scheinselbstständigkeit, Teilzeitarbeit.

**Aber:** Wichtige Themen, die bisher nicht angepackt wurden, sind:

- **weitergehende Erleichterungen beim Kündigungsschutz,**
- **die betrieblichen Bündnisse für Arbeit** sowie
- **die Entkoppelung** der Sozialversicherungsbeiträge von den Lohnkosten.

**Aber:** Kernproblem des Arbeitsmarktes – zu wenig rentable Arbeitsplätze – wird von Reformen nicht gelöst, nicht einmal tangiert.

**Aber:** Die Arbeitsvermittlung kann noch so effizient organisiert werden: Wenn es nichts zu vermitteln gibt, bringt das schönste Job-Center nichts. Um zu wachsen, brauchen die Unternehmen günstige Rahmenbedingungen und vor allem eines: Aufträge.

### ➤ **Steuerpolitik**

Senkung Körperschaftsteuer und dreistufige ESt-Reform auf der Habenseite. Wieder auf Sollseite: Job-Gipfel-Versprechen, wurden nicht umgesetzt, Politik stand im Wort, gegenseitige Blockaden.

**Aber:** Steuerentlastungen waren zum Teil von Wirtschaft vor- und gegenfinanziert, daher nur begrenzte Nettoentlastung.

**Aber:** Entlastung zum Teil teuer erkaufte.  
Irrsinn Mindeststeuer: Besteuert  
Einkünfte, die gar nicht erzielt werden.

**Aber:** Auch nach Steuerreformen ist D  
nach wie vor Hochsteuerland. Zudem  
verschärfte Steuerkonkurrenz aus Mittel-  
und Osteuropa.

**Aber:** Dringend notwendige Reform der  
Gewerbesteuer kommt nach wie vor nicht  
voran. Sonderlast für gewerbliche  
Wirtschaft besteht somit fort.

**Aber:** Verschoben ist auch  
Erbschaftsteuerreform. Mittelstand, viele  
familiengeführten Unternehmen brauchen  
hier dringend Signal. Sie müssen  
Erbschaftsteuer mit der  
Betriebsfortführung abschmelzen können.  
Sichert Existenz vieler Unternehmen am  
Standort und erhält somit Arbeitsplätze.

Themen Arbeitsmarkt und Steuern also alles andere als abgeschlossen.

Gleiches gilt für Umbau der Sozialsysteme. Abgaben für Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung haben sich in letzten fünfzig Jahren verdoppelt.

1950 lagen sie bei 20 Prozent des Bruttoarbeitsentgeltes. Heute: 42 Prozent! Zwischen 1991 und 2003 stiegen Bruttoarbeitskosten um über 20 Prozent. Und Nettoverdienste? Nur um fünf Prozent! Keil zwischen Brutto und Netto wird immer breiter. Sozialabgaben haben sich zu regelrechter Strafsteuer auf Arbeit entwickelt.

Hinzu kommt: Alte Bundesregierung hat insgesamt weitere Dimension der Standortfrage noch nicht ausreichend wahrgenommen. Sie war in ihrer Standortpolitik nach wie vor **zu defensiv** und **zu national** ausgerichtet.

## 5. Zur wertschöpfungsorientierten Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik der Bundesregierung setzte zu wenig auf Wertschöpfungspotenziale bei **wissensbasierten, forschungsintensiven, innovativen Produkt- und Dienstleistungen** – trotz des vergangenen „Innovationsjahres 2004“ und diesjährigen „Einstein-Jahres 2005“.

Öffentlicher Haushalt besonders in der anwendungsorientierten technologischen Projektförderung seit Jahren gekürzt. Die Forschung z. B. in der Biotechnologie wird forciert, die Anwendung der Forschungsergebnisse aber be- oder gar verhindert – schlechte Umsetzung!

Ziel der Wirtschaftspolitik muss es sein, verlorene Wirtschaftsstrukturen durch neue hochproduktive Wertschöpfung zu ersetzen.

Mit Arbeitskosten in Niedriglohnländern in Mittel- und Osteuropa oder in Asien ist nicht zu konkurrieren.

Mit unserem Wissen und unseren Kompetenzen sehr wohl.

Spezialisierungsvorteile, neue Produkte und Verfahren, besseres Know-how, das sind unsere Vorteile in der internationalen Arbeitsteilung. Diese müssen wir stärken und ausbauen.

Beispiel: Große Teile der deutschen Textilindustrie Zug um Zug abgewandert - aber nicht ganz:

Im Bereich der wertschöpfungsintensiven Spezialtextilien und anspruchsvollen Materialien ist deutsche Textilindustrie führend.

High-Tech-Fasern kommen aus Deutschland und eben nicht von den Philippinen oder aus Bangladesh.

So hat die deutsche Textil, Bekleidungs- und Lederindustrie im vergangenen Jahr Waren im Wert von immerhin noch über 21 Mrd. Euro exportiert.

A propos deutsche Lederindustrie: Der Fußball der letzten Europameisterschaft war der erste nahtlose Fußball der Welt, ein Meisterstück deutscher Materialforschung, thermisch geklebt. In Asien hergestellt, aber entwickelt in Deutschland.

Der Rohstoff für unsere Zukunft ist Wissen. Dafür brauchen wir mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung. Und genau hier hakt es:

Wir brauchen in Deutschland mehr **Zukunftsinvestitionen**, z. B. in Forschung und Entwicklung.

Wir wenden nur 2,5 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes für FuE auf.

Davon entfallen zwei Drittel auf Wirtschaft und ein Drittel auf die öffentliche Hand.

Vor 25 Jahren lag das Verhältnis  
noch bei 50 : 50.

Zum Vergleich: Japan gibt insgesamt  
3,1 Prozent seines BIP für FuE aus,  
in Finnland sind es 3,5 Prozent und in  
Schweden sogar 4,3 Prozent.

Diese Länder machen es richtig, sie  
investieren in die Zukunft.

Bei uns?

Deutschlands **Anteil am Welthandel mit  
FuE-intensiven Gütern ist gesunken** und  
der Beitrag FuE-intensiver Waren zu unserem  
Außenhandelsaldo geht seit 1994 zurück.  
Zwar auf immer noch hohem Niveau,  
dennoch ist dieser Rückgang deutlich zu  
beobachten.

Nur durch besonders positive Performance im  
Automobilsektor wird diese Entwicklung noch  
abgefedert.

Würde man – als Gedankenexperiment –  
Automobilsektor aus Außenhandelsbilanz  
herausrechnen, dann wäre Deutschland nicht

mehr als Land zu bezeichnen, das im internationalen Handel auf forschungsintensive Produktionen spezialisiert ist.

Die Automobilbauer und ihre Zulieferbetriebe mobilisieren 30 Prozent der gesamten Ausgaben der deutschen Wirtschaft für Forschung und Entwicklung.

Und: In vielen Industrieländern entwickelt sich die Nachfrage von Hochtechnologien, wie z.B. der Automobilbau, in Richtung Spitzentechnologien.

Doch gerade hier hinkt Deutschland hinterher. Zum Beispiel: Pharmazie, Branche mit enormen Zukunftspotenzialen.

Deutsche pharmazeutische Unternehmen bringen **6** Prozent der gesamtwirtschaftlichen FuE-Ausgaben auf.

Der OECD-Schnitt liegt bei **9,5** Prozent.

Ruf als Apotheke der Welt längst verloren.  
Unter Top 10 der Pharmaunternehmen, die sich über 45 % des Pharmaweltmarktes teilen, ist kein einziges deutsches Unternehmen.

Richtig ist aber auch:

Geld ist nicht alles. Innovationen sind auch immer Frage der Geisteshaltung in Gesellschaft und Politik. Wir brauchen Mentalitätswechsel. Risikobewusstsein ist wichtig, aber Technologiefurchung und Skepsis bis hin zu Hysterie bringen uns nicht weiter. Wir sehen Risiken hierzulande durchs Vergrößerungsglas und Chancen durchs Milchglas.

Wir müssen mit Tabus und Barrieren brechen. Beispiele sind rote und grüne Gentechnik oder auch nach wie vor Atomkraft.

Warum beginnen in Deutschland so wenige junge Menschen technikrelevantes Studium?

In den 90er-Jahren ist Zahl der Studenten in diesen Fächern in Deutschland schneller gesunken als in fast allen anderen Ländern. Gleichzeitig bewegt sich **globale Konkurrenz mit Siebenmeilenstiefeln**.

Beispiel China:

400 000 hoch motivierte und gut ausgebildete Ingenieursabsolventen verlassen in China jährlich Universitäten.

Hinzu kommen Rückkehrer, die im Ausland studiert haben. Bei uns? Geschätzte 40.000 Ingenieure jährlich.

Unser wichtigster Handelspartner in Asien. Schon heute werden weltweit 70 Prozent aller Mobiltelefone und aller Kameras und ein Viertel aller Kühlschränke in China produziert. Im letzten Jahr sind Umsätze in Deutschland in Unterhaltungselektronik um acht Prozent gestiegen. MP3- und DVD-Player, Flachbildschirme, auch hier sind chinesische Produzenten immer stärker vertreten, teils

unter Zuhilfenahme deutscher  
Traditionsmarken – siehe Grundig oder  
Schneider.

China sieht sich langfristig nicht mehr als  
verlängerte Werkbank der Welt, sondern  
entwickelt sich parallel zu einer  
eigenständigen Hochtechnologiemacht.

In diesem Jahr werden in China Mercedes-  
Limousinen, C- und E-Klasse, vom Band  
rollen. BMW und VW sind schon dort, spüren  
allerdings immer schärfere Konkurrenz.

Umgekehrt ist chinesische Automobilindustrie  
auch schon hier:

Auf letzter Automobilmesse in Leipzig war  
zum ersten Mal chinesischer Autohersteller  
vertreten: Brilliance, Partner von BMW, stellte  
Mittelklassewagen vor. Konkurrenz für  
deutsche Produzenten? Auf alle Fälle nicht zu  
unterschätzen!

Diese Entwicklung ist **kein Grund zur Panik, aber Grund genug zu handeln.**

Handlungsempfehlung ist Zwei-Säulen-Strategie:

1. Erste Säule fokussiert auf Standortfaktoren, bei denen D traditionell komparative Wettbewerbsnachteile hat: Arbeits- und Sozialkosten, Unternehmenssteuern, Regelungsdichte, Bürokratie und andere.

Dies ist klassische Standortdebatte.

Genannte Schwächen müssen konsequent abgebaut werden. Reicht jedoch nicht aus.

2. Zweite Säule muss hinzukommen: Ebenso konsequente Stärkung von Standortfaktoren, bei denen D komparative Wettbewerbsvorteile hat oder haben könnte.

Stichworte: Bildung, Forschung,  
Technologie, Innovation, Infrastruktur,  
aber auch „weiche“ Faktoren wie  
Kinderfreundlichkeit.

Und: Wir müssen in Deutschland  
Veränderungsbereitschaft erhöhen und  
wieder stärker ökonomische  
Zusammenhänge einer Marktwirtschaft  
akzeptieren. Hier sehe ich in Gesellschaft  
erheblichen Nachholbedarf.

Kapitalismusdebatte pendelte zwischen  
Klassenkampfrhetorik und Boykottaufrufen,  
zeigt deutlich Ratlosigkeit,  
Konzeptionslosigkeit und leider auch  
Weltfremdheit der Politik.

Nur weil andere Volkswirtschaften aufholen,  
und uns unsere Stammmärkte streitig  
machen, wurde plötzlich die Marktwirtschaft in  
Frage gestellt. Dabei profitiert doch die breite  
Masse von Marktmechanismen, Konkurrenz  
und Wettbewerb:

Wer fliegt nicht gern für wenige Euros in die Hauptstädte Europas und wer telefoniert nicht gern mobil zu immer niedrigeren Preisen?

Wir können nicht Lebensmittel zu Discountpreisen kaufen wollen und gleichzeitig die billigen osteuropäischen Metzger verdammen.

Diskussion war Ruf schädigend für Standort Deutschland, vergrault Investoren, zerstört letztes Vertrauen der Wirtschaft in Politik und könnte Standort wieder um Jahre zurückwerfen.

## **7. Ausblick**

Bleibt zu hoffen, dass große Koalition vermag, Weichen für mehr Wertschöpfung in Deutschland zu stellen, Mentalitätswechsel einzuleiten.

Aber: Ist wirklich nur Politik für  
Mentalitätswechsel in Richtung Reformen  
verantwortlich?

Natürlich geht sie mit denkbar schlechtem  
Beispiel voran: siehe  
Föderalismuskommission. Außer Spesen  
nichts gewesen. Hier große Hoffnungen in  
große Koalition.

Man kann Politik viel vorwerfen, aber auch  
Souverän, das Volk, erscheint nicht  
besonders reformfreudig.

Zwar möchte jeder Veränderungen und viele  
Umfragen zeigen auch, dass sich in Theorie  
sehr viele Bürger weitere Reformen  
wünschen. Konsequenzen der Reformen will  
kaum einer mittragen.

Oft scheint es, als ob **Prinzip der Freiheit** in  
Bevölkerung kaum verinnerlicht ist, **Prinzip  
der Gleichheit** wesentlich stärker  
ausgeprägt.

Prinzip der Freiheit setzt hohes Maß an Eigenverantwortung voraus. Es steht schlecht in Deutschland um Bereitschaft, mehr für sich selbst zu sorgen: siehe Sturm der Entrüstung bei Einführung Praxisgebühr.

Verlangt der Staat wirklich zu viel Eigenverantwortung, wenn der einzelne in seinem privaten Budget 10 Euro im Quartal für einen Arztbesuch vorsichtshalber einplanen sollte?

**Eigenverantwortung** hat zwei Seiten:  
Erstens: Verantwortung für sich selbst übernehmen.

Setzt Freiheit voraus, Individualität, Leistungsbereitschaft.

Zweitens: Eigenverantwortung, heißt aber auch,

Verantwortung für andere zu übernehmen.

Auf Gemeinsinn, Solidarität und bürgerschaftliches Engagement aller zu bauen.

Wenn wir Eigenverantwortung heute ernst nehmen, dann heißt das vor allem: Wir müssen uns trauen.

Bürger, Politiker, Gewerkschafter, Unternehmer, müssen sich trauen Dinge zu ändern, selbst Hand anzulegen, das Anspruchsdenken zu beenden. Und dabei alle gefordert: Ausnahmslos!

Eigenverantwortung bedeutet auch:  
Offen sein für neue Ideen. Mut haben zu Experimenten. Reden über Reformen war notwendig. Jetzt an der Zeit zu handeln. Und zwar sofort. Politik steht dabei in der Pflicht. Maxime muss lauten: Eigenverantwortung von Bürgern wie Unternehmern zulassen. Zubilligen. Zumuten.

Unternehmer können das Ihre beitragen – Politik muss sie nur lassen.

Standort Deutschland: enormes Potenzial!  
Deutschlands Chancen und Möglichkeiten  
gehören wieder stärker in Vordergrund.  
Hoffen wir in diesem Sinne das Beste für die  
neue Legislaturperiode!